

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Die Absichten der Ruhr-Industriellen.

Ein Schlag gegen die Arbeiter. — Förderung der rheinischen Abfallbewegung.

Geisenkirchen, 15. November. (TL.) Auf den Zechen ist gestern folgende Bekanntmachung an die Belegschaften angeschlagen worden:

Bei der völligen Erschöpfung der Betriebsmittel, bei der Unmöglichkeit der zukünftigen Absatzmöglichkeiten und der trostlosen Lage des Verkehrs, bei dem Schwere, aus von den Befehlshabern gestellten Bedingungen ist es heute nicht zu übersehen, ob und inwieweit in Zukunft ein Betrieb möglich ist. Wir sind daher zu unserem Bedauern gezwungen, unserer gesamten Belegschaft zum 30. November zu kündigen. Soweit die heute vorkommende Beschäftigungsmöglichkeit sich wirtschaftlich aufrechterhalten läßt, wird der Betrieb weitergeführt.

### Abbruch der Düsseldorf Verhandlungen.

Paris, 15. November. (TL.) Aus Düsseldorf wird zu den gestrigen Verhandlungen zwischen der Micum und den Industriellen nachfolgendes Kommuniqué mitgeteilt:

Die Vertreter des Grubenverbandes wurden gestern nachmittag von der Micum empfangen in der Absicht, die Besprechung der drei strittigen Punkte des Abkommens fortzusetzen. Ueber 16 andere Punkte rein technischen Charakters war bekanntlich eine Verständigung bereits am Montag erzielt worden. Die deutschen Delegierten haben, nachdem sie bei Ausgang der Sitzung um eine definitive Antwort für 6.30 Uhr gebeten wurden, schriftlich erwidert, daß sie den Wortlaut der einen der strittigen Punkte annehmen, sich aber im Hinblick auf den zweiten Punkt gezwungen sehen, ihrer Regierung und ihren Bevollmächtigten Bericht zu erstatten. In der Antwort ist auf den dritten Punkt keinerlei Anspielung gemacht worden. Unter diesen Umständen halten die verbündeten Behörden es für zwecklos, die Aussprache über die geplanten Vereinbarungen, deren Wortlaut sie für abgemacht halten, fortzusetzen angesichts der Tatsache, daß die Verhandlungen bereits seit vier Wochen andauern und die strittigen Punkte den deutschen Delegierten bereits seit dem 5. November bekannt sind. Sie haben daher beschlossen, die Verhandlungen als abgeschlossen anzusehen.

Dazu führen die französischen Blätter scheinbar offiziös aus, daß das Kommuniqué der Micum keineswegs den Abbruch der Verhandlungen bedeute. An den Deutschen sei es nun, entweder ja oder nein zu sagen.

### Aus Bergarbeiterkreisen wird uns geschrieben:

„Die Schwerindustrie schickt sich auf der ganzen Linie an, mit allen Mitteln die Vorkriegszustände auf wirtschaftlichem Gebiete wiederherzustellen. Metallindustrie und Bergbauunternehmer haben ihre Forderungen auf Wiedereinführung der Vorkriegsarbeitszeit usw. den Gewerkschaften unterbreitet.“

Für den Bergbau machten die Unternehmer am 2. November in Berlin erstmalig die Mitteilung, daß sie die Wiedereinführung der Vorkriegsarbeitszeit für notwendig hielten, um die Produktion zu steigern und zu verbilligen. Bei der Belastung des Ruhrbergbaues durch die Forderungen der Befehlshaber sei an eine Fortführung der Betriebe nicht zu denken, wenn die Produktion nicht erheblich verbilligt werden könnte. Das sei nur zu erreichen durch längere Arbeitszeit und Entlassung von vielleicht 30 Proz. der Arbeiterkraft! Die Arbeitervertreter nahmen diese Erklärung zur Kenntnis, lehnten aber eine Verhandlung darüber ab, bevor sie nicht mit der Reichsregierung über die ganze Lage im Industriegebiet Rücksprache genommen hätten. Diese Aussprache mit der Reichsregierung fand am 2. November abends statt, trug aber zur Klärung der Sachlage nicht bei. Am 5. November kamen die Unternehmer bei Verhandlungen im Ruhrgebiet auf die Frage zurück. Die Arbeitervertreter wünschten eine schriftliche Uebereinkunft dessen, was die Unternehmer forderten. Mit einem Schreiben vom 6. November, das bei einer Organisation am 9. November, beim Bergarbeiterverband am 10. November einging, wurde dieser Forderung entsprochen.

Am 11. November ersuchten die Unternehmer um neue Verhandlungen über diese Frage in einer für den 12. November angelegten Besprechung. Weil die Gewerkschaften an diesem Tage durch andere Konferenzen verhindert waren, fand die Besprechung am 13. November abends im Bureauhaus in Essen statt.

In der Verhandlung mit den Unternehmern kam es aber zur Besprechung dieser Fragen gar nicht. Zunächst wurden beschworen die Arbeitnehmer über die Nichtausführung von Schiedssprüchen usw. besprochen. Dann machten die Unternehmer die Mitteilung, daß sie am 15. November die gesamten Angestellten und Arbeiter des Ruhrgebietes kündigen würden, vielleicht mit Ausnahme des Gebiets Hamm und einiger Zechen, die noch gesicherten Absatz hätten. Sie seien zu dieser Maßnahme gezwungen, weil sie finanziell völlig am Ende wären und weil Verkehrs- und Absatzverhältnisse keinen Ausblick in die Zukunft ermöglichten. Für die Besprechung der Forderungen der Unternehmer wurde ein neuer Termin angesetzt. Die eigentliche Absicht der Unternehmer, über die sie in dieser Besprechung keine Andeutung machten, ist für alle Arbeitnehmer klar: sie wollen das bestehende

rechtliche Verhältnis mit den Belegschaftsmitgliedern lösen. Sie wollen dann in der Hoffnung, daß die Not der Arbeiterbevölkerung ihnen behilflich sein wird, zu passender Zeit die Betriebe wieder öffnen für diejenigen, die sich bereit erklären, den Forderungen der Unternehmer nach verlängerter Arbeitszeit usw. zu entsprechen.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß gewisse Unternehmerränge solche Pläne verfolgen, selbst auf die Gefahr hin, daß sie die Lösung des Rhein- und Ruhrgebietes aus seinem bisherigen staatsrechtlichen Verband bedeuten. Es ist weiter bekannt, daß derartige Unternehmerränge entschlossen auf dieses Ziel eines selbständigen Rhein- und Ruhrstaates hinsteuern. Zu sozialer Rückständigkeit gesellt sich bei diesen Unternehmern eine vollständige Verneinung jeder vaterländischen Gesinnung und Verpflückung, allein das engste nackte Profitinteresse ist für sie maßgebend.

Durch das Vorgehen der Unternehmer, das in seiner Entwicklung und in seinem Ziel klar vor Augen liegt, werden die rechtlichen Grundlagen, wie sie der Tarifvertrag und das sonstige geltende Recht geben, nicht beseitigt. Die Wahrung dieser Rechte werden sich die Gewerkschaften vor allen Dingen angelegen sein lassen. Darüber hinaus werden sofort die Reichs- und Staatsregierungen vor die Entscheidung gestellt werden, ob sie den volksverderblichen Plänen dieser Unternehmerränge in irgendeiner Weise Vorschub leisten oder sie mit allen Mitteln bekämpfen wollen.

Die Gewerkschaften werden alle geeigneten Mittel ergreifen, um die Absichten der Unternehmer zunichte zu machen. Für die ungeheuerlichen Folgen des Vorgehens der Unternehmer, das in seinen Wirkungen gar nicht abzuschätzen ist, tragen diese die volle Verantwortung.“

Die obenstehende Zuschrift beleuchtet bithell die Gefahren, durch die das rheinische Proletariat jetzt bedroht ist. Die Lage ist kurz die, daß die Auseinandersetzung zwischen den Ruhr-Industriellen und den Franzosen jetzt reiflos auf dem Rücken der Arbeiterklasse ausgefochten werden soll. Es ist gewiß nicht zu bestreiten, daß die rheinische Industrie sich in einer schweren Lage befindet und daß heute noch ein beträchtlicher Teil der Zechen nicht voll beschäftigt ist. Aber immerhin sind gewisse Unternehmungen auf Grund ihrer Vertragsabläufe mit der „Micum“ in der Lage, die Belegschaften weiter arbeiten zu lassen. Außerdem ist nicht von der Hand zu weisen, daß ein wesentlicher Teil der gemischten Betriebe Geldreserven hat, die bei gutem Willen die Aufrechterhaltung des Betriebes ermöglichen. Wenn die Unternehmer jetzt trotzdem sämtliche Arbeiter, Angestellte und Beamte auf das Pflaster werfen wollen, so läßt sich das nur aus politischen Gründen erklären. Man will damit dreierlei Ziele verfolgen: Erstens soll durch die Schaffung einer ungeheuren Arbeitslosenarmee ein Druck auf die Franzosen ausgeübt werden. Zweitens soll durch die Steigerung der allgemeinen Notlage die Arbeiterchaft so zermürbt und gefügig gemacht werden, daß sie der Einführung der alten Arbeitsklaviereit keinen Widerstand entgegensetzt. Drittens soll durch die Verschärfung der Schwierigkeiten im Ruhrgebiet ein Druck auf die Reichsregierung ausgeübt werden, damit diese den separatistischen Plänen der rheinischen Industriebetriebe keinen Widerstand entgegensetzt.

Der letzte Punkt, der politisch am bedeutsamsten ist, wird durch die Haltung der Unternehmerpresse besonders in den Vordergrund gerückt. Wolffs Bureau verbreitet Auszüge aus

### Verdoppelte Devisenkurse. Eine Goldmark = 600 Milliarden.

Am heutigen Geburtstag der Rentenmark wandte sich das Interesse der Berliner Börsekreise fast ausschließlich denjenigen Fragen zu, die mit der Einführung des neuen Zahlungsmittels in den Verkehr im Zusammenhang stehen. Es verlautet, daß es in der gestrigen Sitzung beim Finanzministerium, die sich in der Hauptsache mit der Feststellung eines Einführungskurses für die Rentenmark beschäftigte, außerordentlich lebhafte Debatten zwischen den Vertretern der verschiedenen Wirtschaftskreise, der Deutschen Rentenbank und der amtlichen Stelle gegeben habe.

Es siders bereits durch, daß ein Kompromiß zustande gekommen ist, wonach der Einführungskurs auf 600 Milliarden Papiermark festgesetzt werden sollte. Da das Verhältnis der Rentenmark zum Dollar das gleiche sein soll wie das der Goldmark in der Vorkriegszeit, so rechnet man heute von vornherein damit, daß der Dollarkurs sowohl gesteigert werden würde, wie es einer Goldmarkparität von 600 Milliarden entspricht. In Erwartung dieser Maßnahme besaß man sich, um nur möglichst große Käufe in Goldanleihen und Dollarobligationen unterzubringen. Auch im amtlichen Devisenverkehr wurden außerordentlich große Anforderungen gestellt. Die Reichsbank nahm die erwartete Verdoppelung der amtlichen Kurse vor, wobei auf die wichtigsten Devisen nur 1 Proz. zugeteilt wurde.

der „Kölnischen Zeitung“ und der „Kölnischen Volkszeitung“, die auf die folgenschweren Entscheidungen, die über Ruhr und Rhein getroffen werden müssen, hinweisen und die Einstellung der Zahlungen ins besetzte Gebiet fordern. Der Grundgedanke dieser Ausführungen ist, daß man die Bevölkerung des Rheinlandes jetzt ihrem Schicksal überlassen müsse, um das „Stammesland“ am Leben zu erhalten. Damit wird offen ausgesprochen, was schon seit Wochen von den Führern der Schwerindustrie ebenso wie von ihren deutschnationalen Gesinnungsgenossen angestrebt wird und was als Hauptbestandteil der von den Rechtsparteien proklamierten neuen Außenpolitik angesehen werden muß.

Es ist unverkennbar, daß das Stresemannsche Kumpfkabinett dieser Babanquepolitik, die den innersten Wünschen der Schwerindustrie entgegenkommt, Vorschub leistet. Der neue Reichsinnenminister Dr. Jarras hat es in seiner bereits erwähnten Ansprache an seine Beamten offen ausgesprochen, daß man sich mit einem vorübergehenden Verlust des Rheinlandes werde abfinden müssen. Diese Anschauung entspricht anscheinend auch den Auffassungen der großen Mehrheit der Reichsregierung. Es ist nicht ganz geheim geblieben, daß wochenlang vor den Besprechungen mit dem Fünftehnerausschuß der besetzten Gebiete zwischen Regierung und Industrie Verhandlungen geführt wurden, deren Tagesordnung sehr viel Ähnlichkeit mit den vom Reichsarbeitsminister Brauns seit Mai propagierten Auffassungen hatte. Am Dienstag verhielten sich die Mitglieder des Fünftehnerausschusses gegenüber diesen Auffassungen noch durchaus ablehnend. Es hat aber den Anschein, daß sowohl vom Kabinett wie von der rheinischen Schwerindustrie ein solcher Druck auf die Deffektivität ausgeübt werden soll, daß jeder Widerstand gegen die Pläne der Bruunpolitik einzustellen wird.

Bekanntlich begründet das Kabinett seine Haltung mit finanziellen Schwierigkeiten, die es ihm unmöglich machen, weiterhin Beiträge ins Ruhrgebiet abzuführen. Wir verkennen diese Schwierigkeiten gewiß nicht, glauben aber nicht, daß von der Sperrung der Beiträge an die Erwerbslosen und Sozialrentner, also an die Kerntren der Armen im Ruhrgebiet das Wohl und Wehe des deutschen Reichshaushalts abhängt. Denn solange Trillionen nach Ruhr-Banern geschickt werden können, das noch eine Million Goldmark zur Unterstützung irregulärer Banden übrigbleibt, kann der Hinweis der Reichsregierung auf die finanzielle Not des Reiches bei der jetzigen Maßnahme gegenüber dem Ruhrgebiet nicht ernst genommen werden.

### Anhörung der deutschen Vertreter.

Paris, 14. November. (TL.) Der Generalsekretär der Reparationskommission hat dem Leiter der Kriegskostenkommission mitgeteilt, daß die Reparationskommission sobald als möglich die Beauftragten der Reichsregierung in der Frage der deutschen Zahlungsfähigkeit sowie über die Note vom 2. November, in der das Berliner Kabinett sich zur Finanzierung der Naturausleistungen außerhande erklärt, vernahmen möchte. Der Zeitpunkt dieser Vernehmung wird vermutlich erst nach Rückkehr des Staatssekretärs Fischer aus Berlin festgelegt werden, man spricht indessen davon, daß schon Ende dieser Woche die Vernehmung stattfindet.

### England und die Separatistenbewegung.

Protest gegen die Förderung der Abfallbewegung.  
Paris, 15. November. (WZ.) Der englische Botschafter Lord Crewe hatte gestern nachmittag eine Unterredung mit Poincaré, in deren Verlauf er eine Note seiner Regierung betreffend die separatistische Bewegung in den besetzten Gebieten überreichte. Das „Foreign Office“ hatte bekanntlich längst die Aufmerksamkeit der französischen Regierung auf die Folgen juristischer Art gelenkt, die die Separatistenbewegung für die Gültigkeit des Friedensvertrages haben könnte, wenn Staaten sich vom Deutschen Reich loslösen würden. Die französische Regierung hatte geantwortet, daß in den Artikeln 27 und 29 die Alliierten keine Garantien für die Grenzen des Reichs übernommen hätten. In der heutigen Antwortart beharrt die englische Regierung auf ihrer These, die sie in sehr langen Ausführungen juristisch begründet.

Poincaré seinerseits überreichte Lord Crewe eine Note, in der er über die Haltung der französischen Befehlshaber im Rheinland und besonders in der Pfalz Auskunft erteilt, deren Verhalten er als unparteiisch gegenüber der separatistischen Bewegung bezeichnet.

### Wie in Bayern.

Kaiserslautern, 15. November. (WZ.) Wie aus der Pfalz gemeldet wird, wurden seitens des französischen Kreisbelegierten die „Freie Presse“, der „Pfälzische Volksbote“, die „Pfälzische Wochenschrift“, die „Pfälzische Volkszeitung“ in Kaiserslautern, der „Kurier“ in Neustadt und die „Pfalzener Zeitung“ auf je drei Tage verboten wegen der Verbreitung einer Nachricht des „Neulibidischen Kuriers“, daß die Franzosen die Separatisten in Neustadt entlassen hätten. Das Verbot wird damit begründet, daß diese Nachricht unrichtig sei.







## Im Lande der Faschisten.

Wann wird das Reich endlich Ordnung schaffen?

Aus Hof (Franken) wird uns geschrieben:

Trotz der ausführlichen Berichterstattung der außerbayerischen sozialdemokratischen und demokratischen Presse über die Vorgänge in Bayern werden sich diejenigen Sozialdemokraten, die nicht ein Kismet zwingt, Bayern ihre Heimat zu nennen, keine rechte Vorstellung davon machen können, welche furchtbaren Qualen alle republikanisch gesinnten Bayern seit den letzten Wochen auszufohlen haben. Darüber, daß in München ein paar unfähige Querschnitte zum Gaudium der ganzen Welt Hanowurfschaden aufführen, könnte man noch lachen. Aber es ist nicht an dem allein. Seitdem vor sechs Wochen die St. A. Abteilungen der Sozialdemokratischen Partei aufgelöst und entlassen wurden, seit dieser Zeit ging die Bewaffnung der Mitglieder der „waterländischen“ Verbände in aller Öffentlichkeit vor sich. Waren die Mißhandlungen und Vergewaltigungen von Republikanern schon vordem an der Tagesordnung, so haben sie seit der Zeit noch zugenommen. Nur die wenigsten Fälle werden in der Öffentlichkeit bekannt und dem Gericht übergeben, weil man sich sagt, den Faschisten geht es ja doch nichts an. Man darf aber durchaus nicht glauben, nur die Sozialdemokraten in den Städten seien der Willkür preisgegeben. O nein! Die Verfolgungen und Drangsalierungen werden in den kleinsten Bauerndörfern ausgeübt, und fast die ganzen Ordnungsorgane bis zum letzten Polizeibeamten stehen im Dienste der faschistischen Gewalten. Die folgenden Schilderungen sind wörtlich aus der Fülle der letzten Ereignisse herausgegriffen. Es sind keine Einzelheiten, sondern Vorfälle, über die man sich wegen ihrer Häufigkeit in Bayern schon gar nicht mehr aufregt.

Als der „deutsche Tag“ in Hof gefeiert wurde, wollten fünf Arbeiterportier zum Hauptbahnhof gehen, um auswärtige Sportgenossen zu einem Fußballspiel abzuholen. In der Bagrouther Straße kam ihnen eine Gruppe Faschisten entgegen, die mit Gummistöcken und Revolvern bewaffnet waren. Einer der Sportler trug ein republikanisches Abzeichen, und als das die Faschisten bemerkte, stürzte sie sich auf diesen Mann und schlug ihn kurzweilig auf den Boden. Seine Freunde mußten flüchten. Durch den Radau wurden die Anwohner aufmerksam, und aus einigen Fenstern schrien hysterische Weiber: „Schlagt ihn doch tot!“ Und tatsächlich schlugen die Faschisten weiter auf den Arbeiter ein, der blutüberströmt am Boden lag. Dann bildeten sie wieder eine Gruppe, und das Hittlerlied singend marschierten sie weiter, als sei nichts geschehen. Die Täter sind heute noch nicht abgeurteilt und werden es auch nie werden.

Ein sechzehnjähriges Mädchen, das an seiner Bluse ein schwarzrotes Bandchen trägt, geht ahnungslos die „Pia“ entlang. Plötzlich stellt sich ein Faschist vor sie hin und fordert sie auf, das Bandchen zu entfernen. Als das Mädchen dieses Ansinnen ablehnt, bekommt ein paar schallende Ohrfeigen, und der Faschistjüngling geht fort. Keiner der Passanten findet den Mut, ihm entgegenzutreten, weil er bewaffnet ist. Er würde von seiner Schußwaffe Gebrauch machen, weil er weiß, daß er vom Gericht wegen Hochverrat freigesprochen würde.

In eine Wirtschaft, in der ausschließlich Arbeiter verkehren und in der gerade die Arbeiterjugend eine Zusammenkunft hat, bringen bewaffnete Faschisten und ein Landeshauptmann ein. Sie nehmen an einem Tische Platz, singen das Deutschesland und dann das Hittlerlied. Wer sich in die Lage der anwesenden Arbeiter versetzen kann, wird empfinden können, welche Demütigung dieses provokatorische Auftreten für sie bedeutet haben muß. Aber sie können nichts dagegen unternehmen, denn die Bande ist bewaffnet.

In Konradsreuth, einem Bauerndorf in der Nähe von Hof, sitzen in einer Wirtschaft einige Arbeiter. Da kommt ein Faschist mit einem geladenen Infanteriegewehr herein und führt sich sehr frech und herausfordernd auf. Als es einem Arbeiter zu bunt wird, nimmt er dem Lämmel das Gewehr ab, entlädt es und liefert es noch am gleichen Abend beim Ortsgendarmen ab. Der Faschist aber hat indes seine Freunde von dem Vorfall unterrichtet und mitten in der Nacht unternehmen sie — alle mit Infanteriegewehren bewaffnet — eine Hausdurchsuchung. Während sie in dem einen Hause einen alten weißhaarigen Mann aus dem Bette holen, suchen sie in einem anderen Hause mit dem Lauf eines geladenen Gewehrs in einem Bette herum, in dem eine Frau mit einem Kinde liegt. Anderen Arbeitern wurde aufgelauert, und sie wurden verprügelt. Die Täter sind bekannt, aber es ist schwer, anzunehmen, daß sie bestraft werden.

In Schwarzenbach am Wald, einem kleinen Ort im Fränkischwald, hält ein Arbeiterverein einen Tanz ab. Am Abend kommt es auf dem Tanzboden mit einigen Faschisten zu einer Auseinandersetzung, die aber ohne jeden Zwischenfall verläuft. Die Hittler-Beute haben sich aber doch beleidigt gefühlt und holen „Verhärtung“ herbei. Bald erschien ein mit Gewehren bewaffneter Trupp von Faschisten und verlangte die Räumung des Tanzsaales. Als sich der Vereinsvorsitzende gegen diese Vergewaltigung verwehrte, wurde Gewalt angewendet und der Saal geräumt. Dabei wurde auch die Kasse mit fortgenommen. Niemand wird dem Verein den durch diesen Eingriff entstandenen Schaden ersetzen.

Der Hittler-Busch war am Freitag niedergeflogen. Das war auch in Hof bekannt. Trotzdem erschienen in der Nacht vom Freitag auf den Samstag mehrere Angehörige des Bundes Oberland auf dem Telegraphenamt in Hof und besahen es. Unter ihnen war auch ein Telegraphenbeamter. Der Vorgesetzte des Amtes setzte sich nicht zur Wehr und die Anwesenden hatten kein Recht dazu. Und so übte denn die bewaffnete Bande tatsächlich eine Zensur über die Telegramme aus.

Am vergangenen Samstag wurde hier bekannt, daß die nationalsozialistische Arbeiterpartei und Bund Oberland in Bayern durch Fahrverbote wurden. Diese Beschlüsse in Hof ließ sich dadurch aber nicht einschüchtern. In geschlossenen Zügen marschierten sie während des ganzen Sonntags mit Musik durch die Stadt und hielten öffentliche Ansprachen. Die Pöbel, auf denen die Berührung über die Verhängung des Standesrechts für Bayern durch Hof bekanntgegeben wurde, rissen Angehörige des Bundes Oberland und der nationalsozialistischen Partei vor den Augen der Polizei herunter. Am Montag wurden neue Plakate angeklebt. Aber auch diese wurden in den Wirtschaften zertrümmert. Am Montagabend marschierten Faschisten und Oberländer ebenfalls jubelnd durch die Stadt und sangen Spottlieder auf die Republik. Die Polizei rief die Anmahlungen auseinander, aber dabei aber sehr viel Rücksicht. Einer von den Teilnehmern an den Zügen wird etwa wegen eines verbotenen Aufzuges oder wegen Aufhebung vor Gericht zitiert werden. Das macht man nur mit Arbeitern. Auch Flugblätter aufreizenden Inhalts konnten durch die Nationalsozialisten ungeschert verbreitet werden. In Ansbach aber hat man ein Mittel, das dortigen Arbeitervereins vom Volkseigentum getrennt und zu einer Geldstrafe verurteilt, weil der Betreffende Flugblätter mit der Ueberschrift „Lernt Schwimmen!“ verteilt hat. Diese Flugblätter enthielten weiter nichts, als die Aufforderung, das Schwimmen zu erlernen und sich dem Arbeiterschwimmerklub anzuschließen.

Es sei nochmals betont, daß die angeführten Fälle keine Einzelheiten sind. Täglich müssen wir uns Belei-

digungen, Demütigungen und Mißhandlungen gefallen lassen. Jetzt hat man uns auch noch unsere Parteipresse genommen. Wir sind rechtlos, das Bürgerium freut sich darüber und grinst uns hämisch und mit Schadenfreude an. Wenn in Berlin noch ein wenig Gerechtigkeitsgefühl vorhanden ist, und wenn man dort nicht haben will, daß ein großer Teil des bayerischen Volkes jeden Glauben an eine demokratische Republik verlieren soll, dann muß von Berlin aus endlich einmal ein weiß-blauer Ordnungsstaat Ordnung geschaffen werden, dann muß man sich in Berlin dazu entschließen, den Saufall in Bayern auszurodnen.

## Der 6-Uhr-Schluss.

Der Sechshundertschluss erweist sich doch als eine Stümperlei. Zuerst überlange Verhandlungen, dann teilweise Eutigung und endlich das Resultat: einige Geschäfte schließen um sechs, andere um sieben. Die im Zentrum um sieben. Was soll damit erreicht werden? Erstens eine Ungerechtigkeit gegenüber den Angestellten. Die Angestellten in den Vorortgeschäften wohnen gleich neben der Geschäftsstelle. Wenn um sechs Uhr Schluss ist, sind sie in wenigen Minuten zu Hause. Die Angestellten im Zentrum haben nach sieben Uhr noch eine gute halbe Stunde nach Hause zu fahren. Zweitens eine Unbequemlichkeit für den Käufer. Man wird nie sicher sein, ob man die Beforgung bis sechs oder bis sieben machen kann. Man wird sich immer verkalkulieren und am viertelstehen vor der verkauften Geschäftstür stehen oder am nächsten Morgen sich ärgern, weil man dann erfährt, daß gerade dieses Geschäft bis um sieben Uhr auf hat. Wenn der Verbraucher sich dann mit der Zeit gewöhnt, alle Einkäufe bis um sechs Uhr zu erledigen, so werden die nach offenen Geschäfte eine Erbauungstunde für die Angestellten abhalten können. Eigentlich wäre eine solche Unterhaltungstunde sehr warm zu begrüßen. Der Käufer würde dann zu einer anderen Zeit kommen können. Jetzt, wenn die Unterhaltung noch nicht an eine feste Zeit gebunden ist, hat man das Recht, immer in die „Sprechstunde“ hineinzugeraten. Das heißt, der Angestellten weniger als der Beamten. Die Angestellten unterbrechen sie noch öfter, um sich dem Publikum zu widmen, die Beamten selten. Natürlich vollkommen berechtigt. Um sechs Uhr wird geschlossen! Geschlossen! Schluss! Das heißt nicht etwa, die Tür wird geschlossen und niemand mehr hereingelassen! O nein! Um sechs Uhr werden sämtliche Schalter geschlossen, und wenn der Vorkauf in Anspruch ist! Und wenn man schon eine Stunde in der Reihe gestanden ist! — Dann gehe man eben nach Hause und stelle sich morgen wieder an. Jeder will seine Ruhe haben! — Und deine Zeit? — Ja, Mensch, das Vergnügen, deine Wünsche vor einem wirklich geöffneten Schalter vorbringen zu dürfen, ist mit zwei Stunden Wartezeit nicht überzahlt. Wenn man sich schon wegen eines Pfundes Butter einen halben Tag anstellt, warum nicht auch für die Ehre, einen Einkaufsbrief abschicken zu dürfen?!

## Der Kampf gegen den Fleischwucher.

Aktion der Wucherpolizei auf dem heutigen Markt.

Bereits in den letzten Tagen hat sich die Wucherpolizei mit den unliebsten Vergängen auf dem Berliner Fleischmarkt wieder näher beschäftigt. Im Verlauf des Einschreitens gegen die Ladenhändler durch Festsetzung von Kleinhandelsrichtpreisen für die gangbaren und für die breiten Massen der Bevölkerung in Frage kommenden Fleischsorten ist man nun am heutigen Donnerstag früh zu einer großzügigen Aktion auf dem Schlachthof geschritten.

Unter Führung des Kriminalkommissars Greiner von der Abteilung W des Berliner Polizeipräsidiums wurden heute früh um 6 Uhr 15 Minuten die weiten Anlagen des Schlachthofes an der Landsberger Allee von einem starken Aufgebot von Kriminalbeamten, unterstützt von 80 Mann Schutzpolizei, besetzt. Während jedermann umgebend den Schlachthof betreten konnte, wurden die Ausgänge gesperrt. Auf alle Verkaufshallen wurden Kriminal- und Schutzpolizisten verteilt, und dann gingen die Beamten der Wucherpolizei von Stand zu Stand, um das Vorhandensein der Großhandelsverkaufspreise zu prüfen und gleichzeitig festzustellen, ob sich die geforderten Preise mit den am Markt festgestellten Richtpreisen für den Großhandel auch tatsächlich decken. Die Beamten, die alle mit Beschlagnahmeformularen und Notizzetteln ausgerüstet und über die Preise vorher genau informiert waren, hatten strikten Befehl, sich auf keine Auskünfte einzulassen, sondern bei allen Beanstandungen zur vorläufigen Beschlagnahme des vorgefundnen Fleisches zu schreiten. Es zeigte sich jedoch, daß das bloße Erscheinen der grünen Polizei auf dem Schlachthof sehr heilsam und abschreckend auf alle unsicheren Elemente unter den Händlern gewirkt hat. Im großen und ganzen wurden überall die Richtpreise eingehalten, um so mehr, als die Ladenhändler, die von der überforderten Festsetzung von Kleinhandelspreisen zunächst am empfindlichsten getroffen waren, heute von sich selbst aus den geringsten Versuch einer Ueberschreitung der Großhandelsrichtpreise unmöglich machten. Die Fälle, in denen wegen Preisstraherei Beschlagnahme erfolgte oder wo festgestellt wurde, daß der Verdacht der Warenrückhaltung vorliege, wurden dem Marktgericht zur endgültigen Entscheidung übergeben.

Auf Grund der Großhandelsrichtpreise wurden dann heute morgen von der Ueberwachungskommission in Gemeinschaft mit den amtlichen Sachverständigen der Wucherpolizei die Kleinhandelsrichtpreise festgesetzt. Die unbeschadet einer im Laufe des heutigen Tages eintretenden weiteren Wertentwertung bis heute abend Gültigkeit haben. Danach stellen sich im Ladenerkauf die Preise wie folgt: Schweinefleisch: Bauch, Rücken und Keulen 1,1 Billionen des Pfundes, Metzgerfleisch 1,15 Billionen, Döbrlein 700 Millionen, Spiglein 300 Millionen, Rindfleisch: Schwarzfleisch 700-900 Millionen, Suppenfleisch 600-800 Millionen, Schafteiles 600 Millionen bis 1 Billion, Fleisch ohne Knochen 25 Proz. mehr; Kalbfleisch: Keule 650 Millionen bis 1,15 Billionen, Rücken 600 Millionen bis 1,05 Billionen, Brust 500 Millionen bis 1 Billion, Hammelfleisch 600 Millionen bis 1,1 Billionen des Pfundes.

## Neue Verkehrstarife ab morgen.

Die Berliner Straßenbahn wird ab Freitag folgende Fahrpreise erheben: Umsteigefahrt 50 Milliarden, Kinderfahrpreise 25 und der Uebergefahrtsfahrpreis zur Hochbahn 80 Milliarden.

Die Hoch- und Untergrundbahn wird folgende Fahrpreise nehmen: In der ersten Klasse 30 und 80 Milliarden und in der zweiten Klasse 50 bzw. 70 Milliarden. Bloß zu zehn Serien 270 resp. 450, bzw. 450 und 630 Milliarden. Wochenkarten zu 6 Fahrten kosten 250 und 350 Milliarden.

Die Omnibusgesellschaft wird für die Teilstrecke 50, für die ganze Strecke 70 Milliarden erheben.

## Gegen den Schulabbau.

Die Jungferner-Jugendgruppen des Bundes verschiedener Schulreformer hatten nach der Schulaufsicht am Stephanplatz zu einer Kundgebung gegen den Schulabbau eingeladen. Die Versammlung war überfüllt, hundert mußten zurückbleiben. Nach Referaten der Genossen Hädicke, Adolf Koch und La Grange (Vertreter im Staatsrat) wurde einstimmig ein Protest angenommen, der gegen die beabsichtigte Zerrückung der Volksschule durch Maßnahmen auf Grund des preussischen Finanzausgleichs- und Beamtenabnahmengesetzes entschieden Einspruch erhebt. Alle Vertreter in Parlamenten und Behörden, alle Parteien und Gewerkschaften

werden aufgefordert, ihren ganzen Einfluß aufzubieten, um einen Schulabbau zu verhindern. Ferner wird gefordert: Einsetzen für sofortige Einrichtung von Schulspeisungen, geheizten Schulräumen zum Aufenthalt freier Kinder und Volksgenossen, Verbot von Lehrereinstellungen und sofortige Rücknahme der bereits ausgesprochenen Jungfernerkündigungen.

## Arbeiterwohlfahrt und Notdienst.

Der Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt nahm am Dienstag, den 13. d. M., in einer gut besuchten Konferenz Stellung zu der außerordentlichen Notlage. Genossin Schmitz berichtete über die Vorkahrungen der Stadterwaltung. Ueber die Maßnahmen des Vorjahres konnte auf dem Gebiete des Ernährungswezens nicht hinausgegangen werden. Zum Teil ist das zurückzuführen auf das Widerstreben der bürgerlichen Parteien gegen die Aufnahme von Krediten zwecks Ankauf von Lebensmitteln. Die Stadt hat das allgemeine Unterhaltungswezen sehr wesentlich ausgebaut. Die Erweiterung der Volksspeisung muß leider aus Mangel an finanziellen Mitteln unterbleiben. Eine Ergänzung durch die freie Wohlfahrtspflege ist sehr zu begrüßen.

Ueber den Notdienst der Berliner Frauen berichtete sodann die Genossin Todenhagen. Sie teilte u. a. mit, daß der Bezirksausschuß seine Mitarbeit beim Notdienst unter Aufgabe folgender Erklärung zugesagt habe: „Die Einrichtung eines besonderen Notdienstes ist angesichts der zwischen der städtischen und der freien Wohlfahrtspflege bereits geschlossenen Arbeitsgemeinschaft an sich überflüssig. Der Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt ist bereit, für besondere positive Hilfsmassnahmen (Speisungsaktionen oder Uebermittlung von Bedarfsgegenständen) alle seine Hilfskräfte mobil zu machen. Der Bezirksausschuß lehnt es jedoch ab, für die Zustellerteilung des Notdienstes in den Bezirken seine Beruverspersonen zur Verfügung zu stellen, da diese in steten Zusammenhang mit den städtischen Wohlfahrtskommissionen arbeiten. Der Bezirksausschuß hält die Ergänzung des Arbeitsausschusses für die Volksspeisung durch eine Vertretung der Stadterordnetenversammlung für notwendig und beantragt, diese zum Beschluß zu erheben.“ Diese Erklärung sei von den zum Notdienst vereinigten Frauenvereinen als Grundloge der Zusammenarbeit anerkannt worden. Genossin L. stellte die Organisation der Speisung kurz auseinander. Neben in Betrieb stehenden werden verschiedene Vertikalküchen, die inzwischen geschlossen waren, wieder eröffnet. Außerdem haben sich einzelne Restaurationen unter Verzicht auf Gewinn und Mikropolitik zur Verfügung gestellt. Alle Küchen tragen den Namen Gastküchen. Das Essen wird gegen ein wertbeständiges Ernährungsgehalt verabsichtigt, das in Hestform mit Marken von 25, 5 und 15 Pf. zu haben ist. Die Heste können von unerschütterlichen Müttern gegen eine Preife von 1,05 Goldmark gekauft und an Unterhaltungsbedürftige weitergegeben werden. Dabei sollen möglichst die Wohlfahrtskommissionen als Vermittler in Anspruch genommen werden. Selbstverständlich können sich auch die Heste der Gostküchen die Heste selber kaufen. Die Konferenz nahm nach eingehender Aussprache, die sich wiederholt scharf gegen die drohende Gefahr des sozialen Abbaus wandte, folgende Entschliessung an:

„Die Vollkonferenz des Bezirksausschusses für Arbeiterwohlfahrt vom 12. November 1923 erklärt sich bereit, alle ihre Kräfte restlos für Hilfsmassnahmen gegen die furchtbare Not mobil zu machen. Sie hält es aber für ihre Pflicht, die verantwortlichen Stellen in Reich, Staat und Kommunen eindringlichst darauf hinzuweisen, daß Not, die aus Erwerbslosigkeit entsteht, besonders bei der Jugend, furchtbar schädigende Wirkungen auslöst. Die Erwerbslosenfürsorge darf sich daher nicht in Gewährung materieller Unterhaltungen erschöpfen. Es muß vielmehr eine großzügige produktive Erwerbslosenfürsorge in die Wege geföhrt werden. Für die jugendlichen müssen, soweit ihnen Erwerbsarbeit nicht verschafft werden kann, Fortbildungsmöglichkeiten sowohl auf dem Gebiete der Vertikaltät als auch im Sinne einer geistigen und moralischen Förderung geschaffen werden. Der Bezirksausschuß ermahnt, daß sich für die Jugendpflege geeignete Persönlichkeiten für diesen Notdienst freiwillig zur Verfügung stellen. Er ist bereit, auch seinerseits, soweit wie möglich, mit geeigneten Kräften auszubilden. Er fordert, daß die Stadterwaltung die Lehrwerkstätten ausbaut und Räume für Zusammenkünfte der jugendlichen Arbeitlosen bereitstellt. Der Bezirksausschuß weist ferner darauf hin, daß die arbeitende Jugend im Alter von 14 bis 16 Jahren zwar zu den Lasten der Erwerbslosenfürsorge betangezogen wird, von ihren Leistungen aber ausgeschlossen ist. Er fordert eine Beilegung dieser Schädigung. Der Bezirksausschuß erachtet es ferner für unerträglich, daß die von der preussischen Regierung seinerzeit angeordnete Volksspeisungsaktion übermäßig der freiwilligen Hilfe überlassen wird. Er hält reichsrechtliche Massnahmen für erforderlich, die eine Ausdehnung zweckdienlicher Aktionen auf alle Länder des Reiches gewährleisten und fordert die Heranziehung der Landwirtschaft zu geschickten Abgaben in Naturallieferung an die Gemeinden. Die Vollkonferenz des Bezirksausschusses für Arbeiterwohlfahrt und Kinderbeschäftigung in Berlin vom 12. November 1923 bittet den Hauptausschuß und die Reichstagsaktion aufs dringlichste, mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß das Inkrafttreten des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt unter keinen Umständen über den 1. April 1924 hinaus verschoben wird. Eine Verzögerung des Inkrafttretens würde bei der jetzigen unzureichenden sozialen Not des Volkes eine schwere Gefährdung des geistig, geistig und sittlich bedrohten Teiles der Jugend bedeuten. Die Massnahmen des Jugendwohlfahrtsgesetzes sind deshalb jetzt dringlicher denn je zuvor notwendig; selbst wenn die Reichsentschlüsse infolge der schwierigen Finanzlage den Ländern zunächst nicht in voller Höhe gewährt werden können. Das Inkrafttreten des Gesetzes muß deshalb aus sozialen Gründen unbedingt verlangt werden.“

Eine Schießerei verursachte im Südwesten der Stadt einige Aufregung. Ein angetrunkenen junger Mann fuhr mit einem Motorrad ohne Licht die West-Allianze-Straße hinauf und gefährdete mehrere Leute, darunter auch einen Polizeiwachmeister, der bürgerliche Kleidung trug. Als dieser den Fahrer feststellen wollte, ließ er das Rad stehen und lief davon, bis er auf einen Wächter stieß. Ihn forderte er auf, ihm seine Pistole herauszugeben, und als der Wächter sich weigerte, zog er selbst eine Pistole und entriegelte ihm die Waffe. Eine Pistole in jeder Hand, drang er jetzt auf eine Menge von etwa 100 Personen, die sich auf sein Treiben angeammelt hatten, ein und gab 4 Schüsse ab, wie es scheint, in die Luft, da niemand getroffen wurde. Der Mann wurde jetzt festgenommen, nach der Wache gebracht und als ein 27 Jahre alter Hugo Scala aus der Kopbachstraße festgesetzt. Seine Pistole wurde beschlagnahmt.

Eine Dewissenstrefe unternahm die Polizei gestern nachmittags wieder im neuen Westen. Es beteiligten sich daran Beamte der Schutzpolizei, der Kriminalpolizei und des Grenzkommissariats. Die ganze Gegend in der Umgebung der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnisstraße, die Tauentzien- und Münchener Straße, die Kurfürststraße und der Kurfürstendamm, wurde zwei Stunden lang, von 5 bis 7 Uhr, beobachtet, und 6 Personen beim Dewissenhandel getroffen und festgesetzt.

Der Botanische Garten in Dahlem ist während der Wintermonate an Wochentagen von 8 Uhr bis Eintritt der Dunkelheit, an Sonntagen von 10 Uhr bis 4 Uhr geöffnet.

Der Leiter der Bergschule Hochwaldhau, Prof. Dr. Stecher, führt Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, im Werner-Elemens-Realschulhaus, Hohenhausenstr. 47/48, über sein Lagerbergungsgeldm Vergleichs. Karten am Einzahlungstag.

Raubmord in der Untergrundbahn von Brooklyn. In der Untergrundbahn in Brooklyn erschossen Banditen zwei Bankkassierer und raubten ihnen 43 000 Dollars, mit denen sie unerkannt aufkamen.



